E-01-207 Ja zu Europa, Mut zur Veränderung - Europas Zukunft gemeinsam gestalten

Antragsteller*in: Kreisverband Teltow-Fläming
Beschlussdatum: 12.10.2016

Änderungsantrag zu E-01

Von Zeile 207 bis 216:
~~Als größtes Aufnahme- und Transitland aus dem syrischen Kriegsgebiet ist die Türkei für Europa wichtiger Ansprechpartner in der Flüchtlingspolitik. Deshalb steht die EU in der Pflicht, mit der Türkei und anderen Ländern in der Region zusammenzuarbeiten, um die Lage von Millionen Flüchtlingen zu verbessern. Das Abkommen mit der Türkei lehnen wir in seiner heutigen Form allerdings ab. Es verschiebt die humanitäre Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten nach Griechenland und in eine immer autokratischer regierte Türkei und führt zu unmenschlichen Zuständen für die Geflüchteten. Weitere Abkommen, wie sie derzeit mit Ägypten und gegebenenfalls anderen Staaten im Gespräch sind, in denen Menschen- und Flüchtlingsrechte nicht gewahrt werden, sind mit einer humanitären und modernen Flüchtlings- und Asylpolitik nicht vereinbar.~~

Als größtes Aufnahme- und Transitland aus dem syrischen Kriegsgebiet sollte die Türkei für Europa ein wichtiger Ansprechpartner in der Flüchtlingspolitik sein. Wir betrachten jedoch eine Zusammenarbeit mit der Türkei in der Flüchtlingspolitik in der gegenwärtigen Verfassung als unmöglich. In der Türkei war in der letzten Zeit eine gesellschaftliche und politische Entwicklung zu einem autokratischen bis hin zu einem als diktatorisch zu bezeichnenden Staatshandeln zu beobachten. Es werden systematisch Menschenrechte und demokratische Rechte, wie die Meinungs- und Pressefreiheit, beschnitten, Menschen werden ohne rechtsstaatliche Verfahren eingesperrt. Staatspräsident Erdogan hat sich unter dem Deckmantel des Ausnahmezustandes nach dem gescheiterten Putschversuch Rechte als Alleinherrscher einräumen lassen. In der Türkei herrscht ein Klima der Angst. Ein EU-Beitritt ist unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen in weite Ferne gerückt. Die mangelhafte Fähigkeit der EU-Staaten, sich auf eine gemeinsame Flüchtlingspolitik zu einigen und der stärker werdende politische Druck in der EU werden von Staatschef Erdogan genutzt, um sich seine undemokratischen Vorgehensweisen legitimieren zu lassen. Dies ist ein zynischer Umgang mit den in die Türkei geflüchteten Menschen.

Das Abkommen mit der Türkei lehnen wir deshalb ab.